

Europa als Hoffnung – Europa als Feindbild Zur Krise der Europäischen Union

Walter Lesch

Vortrag bei der KAVÖ-Herbsttagung in Wien am 24.11.2018

Trotz einer mehr als 70jährigen Geschichte, die sich über weite Strecken als Erfolgsgeschichte schreiben lässt, hat Europa als politische Idee bis heute mit dem schlechten Image zu kämpfen, ein Thema für festliche Anlässe und beschwörende Rhetorik zu sein. Die positiven Seiten Europas gelten als so selbstverständlich, dass sie nicht besonders hervorgehoben werden müssen. Unter den negativen Seiten gibt es viele leicht zu bedienende Klischees, die um die Absurditäten eines aufgeblasenen Verwaltungsapparats kreisen. Seit einigen Jahren hat die Kritik an Europa aber eine radikalere Stoßrichtung. Europa ist zum Feindbild politischer Bewegungen geworden, die immer mehr Resonanz finden, indem sie europäische Strukturen und Akteure dafür verantwortlich machen, dass politische Krisen nicht mehr steuerbar sind. Der Euro wird zum Sündenbock für ein verfehltes Finanzsystem. Die offenen Grenzen des Schengen-Raums werden zum Inbegriff des nationalen Kontrollverlusts in der Migrationskrise. Europäische Regulierungen in Wirtschaft, Bildung, Kultur und Sozialwesen stehen für kontraproduktive Einmischungen in Kompetenzbereiche, die von souveränen Nationalstaaten besser zu verwalten wären.

Die lautstark vorgetragene Europa-Kritik findet besonders viel Anklang in populistischen Kreisen, die mit einem aggressiven EU-Bashing bei ihrer Klientel punkten. Aus deren Perspektive ist die EU ein der Lebenswirklichkeit des Volkes entrücktes Projekt linksliberaler Eliten, die ihrem Ideal einer weltoffenen und grenzenlosen Gesellschaft huldigen und von den Sorgen der Menschen, die sie eigentlich repräsentieren sollen, nichts wissen. Die euroskeptische Haltung gehört zu den zentralen Merkmalen des Populismus-Syndroms, dessen schillernde Ausdrucksformen die politischen Kräfteverhältnisse innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten so nachhaltig verändert haben, dass Konsequenzen für die Überlebensfähigkeit der europäischen Idee nicht mehr auszuschließen sind.

Das europäische Projekt, das nach dem Zweiten Weltkrieg als eine einzigartige Friedensidee begann, die über Jahrzehnte überwiegend in Kategorien des Erfolgs und der permanenten Erweiterung gedacht wurde, hat schwere Dämpfer bekommen.

Spätestens seit dem Brexit-Votum vom Juni 2016 wird offener als je zuvor über die Möglichkeit des Scheiterns eines bemerkenswerten historischen Modells gesprochen. Regressionen sind möglich, auch wenn ein Festhalten an den Vorteilen europäischer Kooperation wünschenswert bleibt. Es gibt keine geschichtsphilosophische Zwangsläufigkeit hin zu einer „immer engeren Union“, die im Vertrag von Maastricht schon als eine Kompromissformel verwendet wurde, um zwischen einer „Finalität“ der EU als einem neuen Niveau von Staatlichkeit und einer lockeren Integration zu vermitteln. Seit dem britischen Referendum ist die Exit-Option keine bloße Fiktion mehr. Die unverhohlene Freude der europäischen Populisten findet Unterstützung durch eine amerikanische Präsidentschaft, die an einem gesamteuropäischen transatlantischen Partner kein Interesse hat, und durch eine russische Politik, der ebenfalls an einer Schwächung der EU gelegen ist.

All diese Fragen gehören in den Kompetenzbereich aktueller Analysen in den Medien und in Politik- und Sozialwissenschaften, die ja auch ihre Beiträge zur Aufklärung und Diskussion liefern. Dabei hat es sich als Irrweg herausgestellt, populistische Kritik an Europa pauschal unter den Verdacht undemokratischer Sabotage zu stellen und somit das Problem zu entsorgen. Populismus gibt es in rechten und linken Ausprägungen, in schrillen und leiseren Tönen, mit schockierenden und bedenkenswerten Provokationen. Das Nachdenken über Europa sollte deshalb auch immer dazu beitragen, sich ein differenziertes Bild von einer Tendenz zu machen, die mit moralischer Panik nicht ernsthaft zu begreifen ist.

Die folgenden Ausführungen, die sich als die Rede eines überzeugten Europäers an die Gebildeten unter Europas Verächtern versteht, sind von den Rahmenbedingungen geprägt, die sich aus der Sichtweise christlicher Sozialethik auf europäische Wirklichkeiten ergibt. Skeptiker werden nun einwenden, dass damit schon das Ergebnis vorgezeichnet sei: eine idealisierende Hymne auf Europa, dessen Glorifizierung ganz bestimmt mit einer Verdammung des Rechtspopulismus einhergeht. Richtig ist, dass sich die christlichen Kirchen relativ früh mit den positiven Seiten der europäischen Friedensidee identifiziert haben. Das bedeutet aber gerade nicht, dass Kritik an der EU mit theologisch-ethischem Nachdruck zu tabuisieren wäre. Es ist von größerem Interesse, die Argumentationslogik zugunsten der europäischen Integration besser zu verstehen und in diesem Zusammenhang die Auseinandersetzung mit populistischen Positionen offen auszutragen. Insofern verfolgt dieser Beitrag ein doppeltes Ziel: eine Diagnose der

europäischen Krise mit den Mitteln sozialetischer Reflexion und die Überprüfung populistischer Europa-Skepsis in einem Gesprächsklima, das dem fairen Austausch der Argumente nicht besonders entgegenkommt. Die Sondierung dieses verminten Geländes geschieht in mehreren Schritten. Nach einer Skizzierung der pragmatischen Erfolge und der utopischen Gehalte der europäischen Idee kommen die enttäuschten Hoffnungen zur Sprache, die sich am Beispiel aktueller Krisenerfahrungen verdeutlichen lassen. Die populistische Europa-Schelte steht für ein bestimmtes Muster des Umgangs mit diesen Enttäuschungen. In konstruktiven Bemühungen um eine bessere Europapolitik sind konkrete Handlungsfelder zu benennen, für deren Neubewertung aus alten Fehlern zu lernen ist. Nur in der Rückbindung an die kontrovers diskutierte Wirklichkeit kann es gelingen, Europa weiterzudenken und seinen Idealen neuen Elan zu geben.

Erwartungen und Utopien

Die Wurzeln der europäischen Idee im Sinne einer Selbstvergewisserung des kleinen und geographisch vielgestaltigen Kontinents im Westen der eurasischen Landmasse gehen weit in die Geschichte zurück. Dabei sind aber die meisten Versuche, das Wesen dieses kulturell und politisch zersplitterten Gebildes auf eine Kurzformel zu bringen, kläglich gescheitert. Bis heute ist Europa auf der Suche nach einer Leiterzählung, einem *master narrative* von überzeugender und mitreißender Kraft. Die Anfänge verlieren sich in irritierenden Mythen. Europa ist der Name der einer schönen phönizischen Prinzessin, der sich der verliebte Zeus in Gestalt eines Stiers am asiatischen Strand nähert, um sie nach Kreta zu entführen. Dort gibt er sich der Angebeteten mit seiner wahren Identität zu erkennen und zeugt mit ihr drei Kinder. Eine feministische Analyse dieser merkwürdigen Inszenierung von männlicher Gewalt führt auf die Spur des Umgangs mit Fremdheit, mit Macht, mit kulturellen und geographischen Grenzen, mit Göttern und Menschen und mit Geschlechterverhältnissen.

Das Thema von Macht und Herrschaft wird sich wie ein roter Faden durch Europas Geschichte ziehen, die trotz aller Aufteilung in einander bekämpfende Einflussphären von der Dynamik der Expansion auf andere Kontinente geprägt war. Von Europa aus wurde die ganze Welt beherrscht: in kriegerischen Eroberungen, Kolonialreichen und religiösen Missionen. Erst mit den Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts formierte sich die Staatengemeinschaft, deren souveräne Einheiten zu weltweiten Vorbildern der nachkolonialen Ära

wurden. Das Europa, von dem hier die Rede sein soll, entstand aus der Schockerfahrung der sich gegenseitig bekämpfenden Nationalismen und der Grausamkeiten von Faschismus, Menschenverachtung und Krieg. Die Vordenker der Idee, die sich 1957 in den Römischen Verträgen zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft konkretisierte, waren davon überzeugt, dass ein dauerhafter Friede nur dann gewährleistet werden kann, wenn die Volkswirtschaften ehemals verfeindeter Staaten, speziell in den militärtechnisch wichtigen Bereichen von Kohle und Stahl, so miteinander verzahnt werden, dass Wohlstand und Sicherheit nur gemeinsam erreicht werden. Was die Beneluxländer, Italien, Frankreich und Deutschland auf den Weg brachten, war der Anfang einer ungeahnten Erfolgsgeschichte, die bis 2016 nur in Kategorien neuer Beitritte erzählt wurde: von sechs zu 28 Mitgliedsländern mit insgesamt über 500 Millionen Einwohnern in einem der wichtigsten Wirtschaftsräume der Welt, auch wenn Europas Einfluss im Schwinden begriffen ist. Wenn man übrigens den Brexit als den Verlust nur *eines* Mitglieds entdramatisiert, wird damit schöngeredet, dass der Union ein demographisches und wirtschaftliches Schwergewicht verloren geht.

Am Anfang des Integrationsprozesses stand also die Kontrasterfahrung kriegerischer Nationalismen, die durch Kooperation gebändigt werden sollten. Im Gegenzug zu den Gewinnen aus Synergieeffekten übertrugen die einzelnen Staaten Kompetenzen an die Kommission, eine supranationale Behörde, die bis heute als Motor der Harmonisierung dient. Im komplizierten Zusammenspiel von Europäischer Kommission, Europäischem Rat und Europäischem Parlament ist eine einzigartige Struktur entstanden, die nationale Alleingänge einschränkt, die Aushandlung von Kompromissen unterstützt und wichtige Politikfelder koordiniert. Da man sich aus Rücksicht auf verschiedene Sensibilitäten nicht auf die Finalität des angestoßenen Prozesses festlegen wollte, schwankt die Charakterisierung des Ganzen zwischen dem Modell des Staatenbundes (im Sinne eines „Europas der Vaterländer“) und dem Ideal eines Bundesstaates (als föderalistisches Projekt der „Vereinigten Staaten von Europa“, die in vielen Fragen mit einer Stimme sprechen wollen und können). Das föderalistische Modell ist aktuell in weite Ferne gerückt, da die Zerstrittenheit der Partner in wichtigen Punkten zu groß ist. Einige Beobachter sehen sogar in dem voreiligen Herbeisehnen eines europäischen Bundesstaates einen wichtigen Grund für Panikreaktionen und regressive Tendenzen bei den Gegnern einer zu starken und engen Union. Ein zu schnelles

Einigungstempo sei somit eventuell mitverantwortlich für den möglichen Zerfall der EU.

Politische Hoffnungen und Befürchtungen sind manchmal nur die beiden Seiten einer Medaille. Genau dies ist ein strukturelles Problem eines politischen Projekts, dessen Eigendynamik bisweilen Etappen der willentlichen Entscheidung übersprungen hat, wobei gar nicht so leicht auszumachen ist, wo die Machtzentren und Entscheidungskompetenzen im Einzelfall liegen. Die EU kann man als einen Club demokratischer Staaten verstehen, dessen Clubregeln sinnvollerweise auch an demokratischen Standards zu messen sind. Das souveräne Kollektivsubjekt eines europäischen Volkes, von dem alle Macht ausgeht, bleibt sehr hypothetisch, da die Mandate auf verschiedenen Wegen komplementär zu einem europäischen Handeln zusammengeführt werden. Bürgerinnen und Bürger wählen nationale Parlamente und beauftragten Regierungen, im Namen der Wählerschaft auf der europäischen Bühne zu agieren. Insofern ist der Europäische Rat als das Forum der Staats- und Regierungschefs auch ein wichtiger Ort demokratischer Repräsentation, da die Akteure in ihren Herkunftsländern Rechenschaft abzulegen haben. Bürgerinnen und Bürger wählen ebenfalls in direkter Wahl Abgeordnete des Europäischen Parlaments, dessen Initiativrechte jedoch noch weiterzuentwickeln sind, um die starken Positionen von Rat und Kommission auszubalancieren. Zusammen mit dem Europäischen Gerichtshof existiert mit den vorhandenen Institutionen ein Geflecht von durch Gewaltenteilung ausdifferenzierten Kräften, deren Zusammenwirken durchaus so etwas wie eine neue Art von Staatlichkeit ergibt.

Die Originalität der gewachsenen Institutionen macht aus der EU ein faszinierendes Laboratorium postnationaler Politik, deren nationale Verankerung aber auch nicht aufgehoben wird. Der Verfassungsvertrag, der diese Idee symbolisch bekräftigt hätte, ist wegen der negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden 2005 gescheitert. Die beibehaltene Charta der Grundrechte unterstreicht jedoch die Fundierung der Union als einer Rechts- und Wertegemeinschaft, die weitaus mehr will als die effiziente Gestaltung eines gemeinsamen Marktes.

Aus allen bisher genannten Gründen ist das europäische Projekt in kirchlichen und theologischen Kreisen hauptsächlich mit wohlwollender Aufmerksamkeit begleitet worden. Die Friedensidee, die Überwindung des Nationalismus, die Völkerverständigung, die Respektierung von kultureller Vielfalt und Religionsfreiheit, das Eintreten für sozialen Ausgleich und für die Schaffung einer Wissensgesellschaft mit koordinierten Ausbildungs- und Forschungsstrukturen – all das sind Punkte

einer Agenda, die den Leitbildern christlicher Ethik entspricht. Immer wieder wird von Kritikern unterstellt, dass diese Nähe nicht weiter verwunderlich sei, weil Europa sich sehr direkt aus den Strategien vorwiegend katholischer Akteure in der Generation von Monnet, Schuman, Adenauer und De Gasperi herleite und durch diese Weltanschauung stärker geprägt sei als es einem modernen Projekt guttue, in dem Politik und Religion getrennt seien. Was für die Verantwortlichen der Gründungsphase nicht zu leugnen ist, verliert sich im Laufe der Jahrzehnte in einem breiteren Spektrum der religiösen und philosophischen Hintergrundannahmen. Bei der Formulierung einer Präambel für den Verfassungsvertrag waren diese Fragen noch einmal virulent, als darum gerungen wurde, den christlichen Wurzeln Europas einen besonderen Platz einzuräumen. Auf Drängen der laizistisch organisierten Mitgliedsstaaten (vor allem Frankreich und Belgien) ist es nicht dazu gekommen, allerdings zu der bemerkenswerten Selbstverpflichtung der Union, dem ständigen Dialog mit religiösen und weltanschaulichen Gruppen Geltung zu verschaffen.

Von einer neuen Allianz von Thron und Altar kann auf EU-Ebene keine Rede sein. Die Kirchen betreiben in Brüssel mit ihren ständigen Vertretungen Lobbyarbeit wie andere Interessengruppen auch. Sie vertreten Standpunkte, die bisweilen zu der offiziellen EU-Linie in Spannung stehen, wenn ein liberales Menschenrechtsverständnis auf konservativere christliche Positionen trifft. In wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen bleiben Kontroversen nicht aus, da die EU sich relativ selbstverständlich als ein neoliberales Projekt etabliert hat, das den Selbstregulierungskräften internationaler Märkte ziemlich viel zutraut. Doch selbst ein kapitalismuskritischer Papst wie Franziskus macht als Nichteuropäer mit Arbeitsplatz in Rom nur wenige Abstriche an einem überwiegend positiven Europabild, dessen Rückbindung an das Ethos der Menschenrechte er immer wieder einfordert. Die wahrscheinlich wichtigste Verbindungslinie zwischen einer christlichen Ethik und dem europäischen Politikprojekt ist dessen kosmopolitische Zielsetzung. Als menschenrechtsbasierte Zivilisation macht Europas Verantwortung nicht an den eigenen Grenzen Halt, sondern weiß sich dem Respekt vor der nichtverhandelbaren Würde aller Menschen verpflichtet.

Auf der Ebene der Ideale treffen sich die Werte-Diskurse von Kirche und EU-Politik auf dem schwierigen Terrain der Migration, das zur Zerreißprobe des europäischen Projekts zu werden droht. Die Utopie eines offenen und seiner historischen Verantwortung bewussten Kontinents trifft jedoch auf den Widerstand derer, die einer zu generösen Flüchtlingspolitik

entschieden entgegentreten. Sie meinen, dass es möglich sein müsse, ein guter Europäer (eventuell auch ein guter Christ) zu sein, ohne Antworten auf der Elend der Welt zu haben.

Wegen der Selbstverpflichtung auf die Ideale einer Wertegemeinschaft haftet der EU etwas Utopisches an, das je nach Standpunkt Menschen inspiriert oder irritiert. Die Mitgliedschaft in der EU verpflichtet jeden Staat auf die selbstkritische Überprüfung seines eigenen Handelns an rechtlichen und ethischen Standards. Und auch das transnationale Gesamtprojekt ist an der Glaubwürdigkeit seiner normativen Vorgaben zu messen. Entsprechend lassen sich die mahnenden Worte deuten, die Papst Franziskus bei verschiedenen Anlässen formuliert hat: 2014 in Straßburg vor dem Europarat und vor dem Europäischen Parlament und 2016 in Rom bei der Entgegennahme des Aachener Karlspreises. Für Skeptiker handelt es sich um unzulässige Vermischungen von Politik, Moral und Religion, für wohlwollende Beobachter um legitime Einmischungen, die Mut machen sollen. Vor Franziskus war Johannes Paul II. durch ein klares europapolitisches Engagement hervorgetreten, das in sowohl unter den Voraussetzungen des Kalten Krieges also auch durch die von Polen ausgehenden Transformationen besonderes weltpolitisches Gewicht hat. Das Bild von den beiden Lungenflügeln, mit denen Europa atmen müsse, stammt aus einer Rede vor dem Straßburger Europaparlament aus dem Jahr 1988. Seither ist die Integration Mittel- und Osteuropas politische Wirklichkeit. In der Wahrnehmung vieler Menschen ist die EU aber ein westliches Projekt geblieben: Ausdruck liberaler Werte einer transatlantischen Gemeinschaft, in der zwischen Mailand und San Francisco manchmal eine größere kulturelle Nähe besteht also zwischen Brüssel und Budapest.

Europa ist eine Utopie im Sinne eines unvollendeten Projekts mit unklarer Finalität und überschüssigen Potentialen. Wegen seiner nie erreichbaren regulativen Ideen ist es stets mehr als die Baustelle, die mit Konflikten, Frustrationen und Blockaden leben muss. Daher sollte das Gespür für die ideologischen Versuchungen jeglichen utopischen Denkens bewahrt bleiben. Wer auch immer die ideale Gesellschaft auf Erden erzwingen wollten, hat sich damit meistens blamiert und einige seiner Ideale durch Respektlosigkeit und Gewalt verraten. Die Europa-Idee schwankt zwischen Bescheidenheit und Größenwahn, zwischen Kompromissen und neuen Absichten der Weltbeglückung.

Wegen der permanenten Ausdehnung europäischer Zuständigkeiten für vormals nationale Kompetenzen wird die Spannung zwischen Tiefstapelei und politischem Geltungsanspruch früher oder später spürbar. Ein

beeindruckendes Beispiel für diese Zerreißprobe ist der Anspruch auf gemeinsam zu übernehmende Verantwortung in der Migrationspolitik, einem klassischen Feld nationaler Souveränitätsvorbehalte. Offiziell sieht sich die EU mit dem Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) in der Pflicht, Steuerungskompetenzen auszuüben, gemeinsame Standards zu definieren, die solidarische Verteilung von Lasten und Personen einzufordern und die Sicherung der EU-Außengrenzen als Gemeinschaftsaufgabe zu betreiben, damit die offenen Binnengrenzen erhalten bleiben. Wer sich auf solche strittigen Politikfelder wagt, ist alles andere als ein Träumer. Die harte Wirklichkeit der Interessenkonflikte zwingt zur Anerkennung der Fallhöhe zwischen den moralisch und menschenrechtlich definierten Idealen und den Widerständen gegen die Umsetzung einer so auf den Weg gebrachten europäischen Politik.

Enttäuschte Hoffnungen

Wegen seiner Neigung zum moralischen Überschwang ist Europa stets ein Kontinent der enttäuschten Hoffnungen geblieben. Die erhoffte Angleichung der Lebensbedingungen in West und Ost, Nord und Süd hat nicht im Eiltempo stattgefunden. Das Versprechen der „blühenden Landschaften“ ist nicht nur ein Problem innerdeutscher Ernüchterung. Es prägt insgesamt ein politisches Projekt, das auf Gleichheit und Fairness zielt und doch nicht immer über die Mittel verfügt, die gewünschten Ziele auf schnellstem Weg zu erreichen. Die Koordination von nationalen Verfahren auf einer supranationalen Ebene ist mit einem Verwaltungsaufwand verbunden, der bisweilen erschreckend ist und zu verständlichen Forderungen nach Bürokratieabbau geführt hat. Im Dickicht der Direktiven, Verordnungen und Richtlinien ist ein komplexes Regelwerk entstanden, das ganze Generationen von Europarechtlern beschäftigt wird, die von der Herausbildung neuartiger Rechtsmaterien und Prozeduren schwärmen. Normale Bürgerinnen und Bürgern stehen aber eher ratlos vor solchen kafkaesken Strukturen.

Europas sich wandelnder Status in der Weltpolitik verlangt nach guten Absprachen und überzeugenden Beispielen gemeinsamen Auftretens in außenpolitischen Konfliktherden. In Wirklichkeit verfolgen einige Mitgliedsländer aber ihre eigenen Interessen im Liebäugeln mit politischen Allianzen, die der Glaubwürdigkeit der EU schaden. Die Uneinigkeit im Umgang mit dem Ukraine-Konflikt demonstriert die Schwäche Europas, ganz zu schweigen von der Abwesenheit koordinierter militärischer Optionen. Der Sicherheitsaspekt ist aber eine nicht

zu unterschätzende Dimension der Wahrnehmung politischer Verantwortung. Aufgeklärte Bürger sehnen sich nicht nach einem starken Staat, der sich in Dinge einmischt, die ihn nichts angehen. Sie erwarten jedoch durchaus, staatliche Institutionen zu einem effizienten Krisenmanagement befähigt sind, wenn es um vitale Interessen der Menschen geht.

Europa hat offenkundige Defizite in den Bereichen von Steuerung, Transparenz und Partizipation. Es ist naheliegend, Brüsseler Bürokratie als Feindbild oder zumindest als permanente Zielscheibe der Kritik zu wählen, wie dies beispielsweise Hans Magnus Enzensberger in seinem Essay „Das sanfte Monster Brüssel“ (Berlin 2011) getan hat. Dennoch gibt es auch gute Gründe für eine gar nicht zu überdimensionale Verwaltung, die sich um Transparenz und Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern bemüht. Selbstverständlich ist diese Agenda nicht beliebig. Sie beruht auf wirtschaftlichen Vorentscheidungen und gesellschaftlichen Leitbildern, die nie ausführlich diskutiert wurden. Dass unter dem Dach der EU die mittel- und osteuropäische Hälfte Europas in ein westliches, neoliberales Modell überführt wurde, war eine historische Weichenstellung. Dabei sind die gesellschaftlichen Entwicklungen im Westen und Osten immer noch durch Ungleichzeitigkeiten geprägt, wie sich am Umgang mit dem Reizthema Migration zeigt.

Unter diesen Voraussetzungen brauchen wir einen nüchternen Realitätssinn und ein Gespür die internen Spannungen eines ambitionierten Projekts, das an seinen Widersprüchen zerbrechen kann. Es ist kein Tabu mehr, von einer „Europadämmerung“ zu sprechen, wie dies Ivan Krastev in seinem bedenkenswerten Buch tut. „'Nach Europa' bedeutet nicht unbedingt, dass die Europäische Union am Ende ist, wohl aber, dass wir unsere naiven Hoffnungen und Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen Gestaltung Europas und der Welt begraben müssen“ (Europadämmerung, Berlin 2017, S. 16).

Populistische Attacken

Durch populistische Bewegungen ist der Europa-Diskurs in einer bisher nicht gekannten Weise unter Druck geraten. Gemeinsam ist diesen über viele Länder verteilten und sich inzwischen koordinierenden Parteien die kritische Sicht auf die EU als einem Musterbeispiel für nationale Souveränitätsverluste, als einer politische Agenda von Elite und Establishment und als einer erdrückende Struktur mit vielen Konstruktionsfehlern, von denen der Euro als überstürztes und nicht krisensicheres Instrument nur das sichtbarste Beispiel sei. In dem Konglomerat von Attacken und Polemiken gibt es

abstruse Aspekte und Punkte, die von den EU-Freunden ernsthafter hätten diskutiert werden sollen. Mit einer Diskursverweigerung auf beiden Seiten werden sich ganz bestimmt keine konstruktiven Lösungen finden lassen.

Es sollte zu denken geben, dass sich populistische Parteien europäischer Strukturen bedienen, um ihren Anliegen Gehör zu verschaffen und im Marsch durch die Institutionen, insbesondere das Europäische Parlament, andere Parteien vor sich her treiben. Die paneuropäische Kooperation rechter Bewegungen, die sich vor allem auf eine diffuse Abendland-Ideologie berufen, artikuliert sich der Ablehnung von Migranten aus anderen Kulturen, womit ein als christlich verstandenes Europa speziell gegen den Islam in Position gebracht wird.

Wegen der Ambivalenzen im christlichen Umgang mit diesen Tendenzen steht die eigentliche Bewährungsprobe für die Verteidigung eines aufgeklärten und toleranten christlichen Erbes erst noch bevor. Wer die Verteidigung angeblich christlicher Werte fremdenfeindlichen Rechten überlässt, wird früher oder später ins Schleudern kommen. Anstatt über das überall in Europa immer realer werdende Gespenst des Populismus zu lamentieren, ist es an der Zeit, über Bürgerbeteiligung und Transparenz kreativer nachzudenken und entsprechende Initiativen auf den Weg zu bringen.

Gestaltungsaufgaben: Europa weiterdenken

Was wir brauchen ist eine robustere Demokratie, in der Bürgerinnen und Bürger sich nicht einschüchtern lassen und nicht auf die Errungenschaften einer Europäisierung der Nationalstaaten verzichten wollen. Ein Nachdenken über Alternativen zu klassischen Wahlen darf nicht kategorisch ausgeschlossen wird. Wir wissen um die Grenzen repräsentativer Demokratie und machen unsere irritierenden Erfahrungen mit den europapolitischen Auswirkungen von Referenden. Eine Technokratie der Experten kann ebenfalls nicht die Lösung sein. Deshalb ist neu auszuloten, was es in den heutigen Kräfteverhältnissen in Europa bedeuten könnte, mehr Demokratie zu wagen.

Was unsere Gesprächs- und Streitkultur betrifft, so stehen wir auch erst am Anfang einer klugen und nachhaltigen Entzauberung des Populismus, dessen pauschale Verteufelung kein einziges Problem löst. Berechtigte Ängste sind ernst zu nehmen und nicht durch eine Bürgerkriegsrhetorik noch weiter anzufeuern. Viele Herausforderungen stehen ja erst noch bevor, wenn der Migrationsdruck nicht geringer wird und Europa sich auf konsensfähige Einwanderungsregeln und eine kohärente Außenpolitik verständigen muss. Wird es gelingen,

ein positives Wir-Gefühl der Bewohner Europas zu entwickeln, in dem Strukturen einer offenen transnationalen Gesellschaft entstehen und in dem Solidarität unter Fremden und mit Fremden und nicht gegen Fremde wieder eine Chance hat? Wird es gelingen, die Religionen in Europas Zivilgesellschaft so zu zivilisieren, dass sie Teil von Lösungen werden und nicht immer nur als Probleme angesehen werden?

Viele Menschen sorgen sich um die Zukunftsfähigkeit einer kosmopolitisch und menschenrechtlich fundierten EU. Graswurzelbewegungen wie *Pulse of Europe* plädieren dafür, Europa erlebbar und erzählbar zu machen – nicht nur als ein Europa der Intellektuellen und der Strategen eines *master narrative*, das die Menschen verbindet.

Walter Lesch ist Professor für Ethik (Sozialethik und Moralphilosophie) an der Theologischen Fakultät und am Institut für Philosophie der *Université catholique de Louvain* in Louvain-la-Neuve, Belgien. Fragen der Migration und der Europapolitik gehören zu seinen Forschungsschwerpunkten.